

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

10.4.1873 (No. 85)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

85.

Donnerstag, 10. April

1873.

Preussisches Herrenhaus.

Aus der Sitzung vom 5. April haben wir nach der „Germania“ Folgendes hervorgehoben:

Schlussberatung über den Antrag v. Bernuth, Graf v. Wittberg, Herzog v. Ratibor, Hohrecht und Genossen:

„unter Aufhebung des Beschlusses vom 19. Februar c., die Vorberatung der Gesetzentwürfe, betreffend die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über die kirchliche Disciplinargewalt, über die Grenzen der kirchlichen Straf- und Zuchtmittel und über den Austritt aus der Kirche, im ganzen Hause vorzunehmen.“

Als Referent vertheidigt Herr Dr. Schulze die Antragsteller zunächst gegen den Vorwurf, daß der Antrag ohne Motive eingebracht worden sei. Es sei dies aus dem Grunde geschehen, um jeden persönlichen Schein, jeden Verdacht von Mißtrauen gegen die Commission zu vermeiden. Der Antrag sei zunächst in Rücksicht auf die Gestalt des Gesetzentwurfs über die Vorbildung von Geistlichen eingebracht worden, da derselbe, wie er aus der ersten Lesung der Commission hervorging, geradezu einem Trümmerhaufen gleiche. Die §§. 1-3 habe man angenommen; §. 4 dann gestrichen und spätere Paragraphen, welche sich auf §. 4 bezögen, wieder angenommen u. s. w., so daß das Gesetz völlig unbrauchbar werde. Die Schuld hierfür liege an der Zusammenfassung der Commission, in der zehn Mitglieder für, zehn gegen den Entwurf seien, so daß es ganz auf äußere Zufälle ankam, beim Fehlen irgendwelches Mitgliedes den oder jenen Paragraphen zu streichen oder anzunehmen, da Compromisse auf religiösem Gebiet ziemlich unmöglich seien. Das Recht für die in dem Antrage vorgeschlagene Maßregel siehe dem Hause unbedingt zu, da die Commission als Mandatar zu betrachten sei, dem das Haus als Mandant jeder Zeit seinen Auftrag wieder entziehen könne. Redner bemerkt schließlich, daß Ablehnung des Antrages sowohl die Ablehnung der Gesetze bedeute. Damit aber füge man der Staatsregierung einen unendlichen Schaden zu, man schwäche sie in dem schweren Kampfe, in dem sie mit Rom begriffen sei, und der ihr von Rom aufgedrungen worden sei. (Ho! rechts. Beifall links.)

Correspondent v. d. Marwitz erblüht in der Annahme des Antrages trotz der Versicherung des Vorredners dennoch ein Mißtrauen gegen die Commission, die aus dem Vertrauen des Hauses gewählt worden sei. Uebrigens sei die vorgeschlagene Maßregel völlig überflüssig, da es ja jedem Mitgliede des Hauses freistünde, Amendements zu den Kirchengesetzen einzubringen und so dieselben wieder in ihrer früheren herzustellen. Daß man so dringend im Volke die schuldige Verantwortlichkeit der fraglichen Gesetze wünsche, befreite er aus seiner Erfahrung vollständig, obgleich er durchaus nicht etwa in einer specifisch katholischen Gegend wohne.

Herr v. Bernuth bittet, seinen Antrag anzunehmen, weil andernfalls eine derartige Verschleppung in der Beratung der Gesetze eintreten würde, daß an einen Abschluß noch in diesem Jahre gar nicht zu denken sei. Es nehme sich aber sehr wunderlich aus, wenn man die Verfassungsänderung nunmehr beschließen habe und ihre praktische Durchführung in den Kirchengesetzen verhindern wolle.

Graf v. d. Schulenburg-Beekendorf bekämpft den Antrag. Die dunkle Fassung der Gesetze mache eine ganz genaue Beratung derselben nötig, wie sie nur in einer Commission stattfinden könne. Außerdem handele es sich hier speciell um religiöse Ueberzeugungen, und selbstverständlich spreche man sich darüber weit besser in der Commission aus, als öffentlich im Hause. Redner kommt darauf auf den Patentschub zu sprechen, den er entschieden verurtheilt. Er bekämpft die Verächtlichmachung öffentlicher Zeitungen, als ob die Minorität nur darum in der Commission gewisse Kanonen anstelle, um die Gesetze zu verschleppen. (Fürst Bis marck tritt ein.) Redner spricht die Ansicht aus, daß der Antrag nicht sowohl aus eigener Initiative der Antragsteller, als vielmehr auf Inspiration des Fürsten Bismarck gestellt worden sei, erklärt, öfters vom Präsidenten und durch Mause „zur Sache“ unterbrochen, dessen jetziges Programm für höchst gefährlich, so daß ein wahrhaft Conserdativer nicht mehr demselben folgen könne. Schließlich spricht er die Bitte aus, der Fürst möge sein von nationalliberaler Hochmuth umranntes Elba verlassen, weil sonst der Untergang des Staates und der Kirche vorbereitet werde.

Minister des A. w. ä. Fürst Bis marck: Er wolle sich nur an die Sache halten, von der hier die Rede sei, er setze nämlich voraus, daß es sich hier um die Uebertragung der Verhandlung aus der Commission in das Plenum handle, und so enthalte er sich, auf alle diejenigen Anregungen des Vorredners einzugehen, die sich gegen seine Person richteten, weil dieselben außerhalb der Sache lägen, um die es sich hier handle. Er verahre nur die eine Aeußerung, die er gehört habe, als er eingetreten, und die daran geknüpfte Schlussfolgerung, daß er sich neulich in eine Geschäftsordnungsdebatte als Mitglied des Hauses gemischt habe. Er finde den Ausdruck nicht glücklich gewählt in Bezug auf die Ausübung seiner Rechte als Mitglied dieses Hauses, wenn aber dann der Redner in seiner eigenthümlichen Sprungweise den Schluss folgere, indem er es den Mitgliedern dieses Hauses überlasse, die Voten selbst auszufällen, daß er (der Fürst) diesen Antrag inspirirt habe, so müsse er es dem Vorredner überlassen, den Zusammenhang zwischen diesen beiden Vorgängen zu finden (Sehr gut, links), jedenfalls könne er versichern, daß er Kenntniß von dem Antrage erst gestern Mittag, also nicht eher wie die übrigen Mitglieder, erhalten habe. Als Mitglied des Hauses sowohl wie der königlichen Regierung äußere er, daß ein jeder Schritt der Regierung willkommen sei, wo-

durch die Verhandlungen über die Gesetze schleuniger als in dem bisherigen Maße weiter geführt würden, andernfalls würde die Sitzung beider Häuser bis tief in den Sommer hinein dauern, ja möglicherweise bis zum Erlöschen der Mandate, denn die königliche Regierung könne durch keine Verspätung der Verhandlungen im Herrenhause davon abgehalten werden, die Gesetze durchzuführen. Und sollten die Sitzungen bis zum September dauern, so werde man die Regierung auf dem Posten finden, dieselbe werde nicht zu ermüden sein. Sollte dann das eine oder andere Haus nicht beschlußfähig sein, so würde das die gesetzgeberische Thätigkeit der Regierung auf ein anderes Gebiet lenken müssen, als auf dasjenige, was sie in diesem Augenblicke beschäftige. Daß er sich freuen würde, wenn der Antrag zur Annahme käme und wenn die Entscheidung, möge sie nur dem Einzelnen willkommen oder unwillkommen sein, nicht länger hinausgeschoben werde, als es nach der Geschäftsordnung nötig sei, liege auf der Hand. Die Sitzungen dieses Hauses bezüglich der Vorlagen der Commission würden im April nicht zu beenden sein, bis Ende Mai würde es sich mit denselben beschäftigen müssen. Würden die Gesetze vollständig in der Form wie im Abgeordnetenhaus angenommen werden, so würde dann die Session ihrem Ende entgegengehen. Würden sie aber amendirt, so würde damit die Fortdauer der Session bis zum Juni gesichert. Sollten sich die Verhandlungen des Hauses nicht beschleunigen, so sei ein Ende der Sitzungen nicht zu berechnen. Eine Erleichterung der politischen Situation würde auch damit erzielt werden, wenn die Beratung schneller vor sich ginge. Man würde an das Ziel kommen, und es würde dieses dasselbe bleiben, denn die Meisten seien völlig einig über diese Gesetze, welche die heiligsten und wichtigsten Interessen des Individuums und des Landes berührten.

H. G. b. b. i. n.: Die Zusammenfassung der Commission durch Compromiß sei ein politischer Fehler gewesen, der jetzt rückgängig gemacht werden solle. Man habe durchaus nicht etwa die Absicht, einfach nur über die Gesetze zu votiren, sondern man wolle nur ein Elaborat zu Stande bringen, das zu gebrauchen sei, und ein solches werde sich nur in einer Plenarberatung erzielen lassen.

Graf Brühl: Das Verfahren der Antragsteller gleiche etwa demjenigen, wenn Jemandem der Kampf mit Säbeln zu schwer würde und er zur Erleichterung dem Gegner ein Pistolenduell anböte. Eine Bestätigung über die Principien sei natürlich völlig unmöglich, nicht aber über die Sache selbst, und darum sei die Commissionsverhandlung dafür zu wählen. Wie würde sich noch fernerhin ein Mitglied der Minorität in eine Commission wählen lassen, wenn derartig die Arbeiten derselben als nutzlos gekennzeichnet würden. Nachdem Redner schließlich noch die Competenz des Hauses angezweifelt hat, seinen früheren Beschluß umzuhoßen, spricht er seine Mißbilligung darüber aus, daß man Gesetze, die nach des Hrn. Reichstanzlers eigenen Worten die heiligsten Interessen betreffen, mit so unbegründeter Hast verhandle.

Dr. Zacharia befürwortet den Antrag, weil er von der Erfolglosigkeit der Commissionsarbeiten überzeugt sei. Dem Vorredner entgegen vindicirt er dem Hause die Competenz, seinen früheren Beschluß abzuändern. Redner macht darauf den Gegnern dieser Gesetze den Vorwurf, daß sie nur für die Kirche Liebe und Interesse hätten, aber keine Liebe und kein Interesse für den Staat und das Vaterland, wird aber vom Präsidenten zur Ordnung gerufen und schließt dann mit der Hoffnung, daß die Freunde des Vaterlandes für diese Gesetze und für deren Beratung im Plenum stimmen würden. Graf v. G. a. l. e. n. bemerkt gegenüber dem Dr. Schulze, daß die Aufregung gegen diese Gesetze sich nach deren Ausführung nicht vermindern, sondern eher vergrößern werde, und dazu trage auch nicht wenig die Eile bei, mit welcher diese wichtigen Gesetze zu Stande gebracht wurden.

Nachdem ein Schlusstrag angenommen, findet nach kurzer Empfehlung seines Antrages seitens des Correspondenten, Hrn. v. d. Marwitz, die Gesetze nicht im Plenum vorzubringen, namentliche Abstimmung statt. Von den 112 Abgeordneten Stimmen sind 74 für die Vorberatung der Gesetze im Plenum statt in der Commission, 38 gegen. Graf v. Marwitz erhält sich als Präsident der Commission der Abstimmung.

Deutschland.

Karlsruhe, 4. April. S. K. H. der Großherzog haben unterm 4. d. M. gnädigst geruht, die erledigte Hauptamts-Verwalterstelle bei dem Hauptsteueramt Säckingen dem Hauptamts-Controleur G. i. m. b. e. l. in Lahe zu übertragen.

* Karlsruhe, 8. Apr. Den neuesten Freundschaftsversicherungen der „Nordb. Allg. Ztg.“ gegen Oesterreich, die bestimmt sind, die schon ziemlich erregten Wogen in der Presse nach beiden Seiten hin zu beschwichtigen, schenkt Niemand ernstliches Vertrauen. Es mag inopportun sein, für den Augenblick ernste Verwickelungen mit Oesterreich herbeizuführen, und wohl auf einen Wink aus höheren Regionen haben die Nationalliberalen in Berlin, als ihnen unlängst von Bestimmungsgenossen in Oesterreich der Antrag zu einem engen Bündnisse gemacht wurde, die Spröden gespielt und eine abschlägige Antwort gegeben. Daß dem Allen aber

nicht zu trauen ist, beweist die Aufnahme eines Artikels aus der Berliner „Staatsbürgerzeitung“ in die hiesige „Post“, worin gesagt wird: „Oesterreich fällt wie Rom. Transleithanien vermag Habsburg vielleicht durch Concessionen sich zu erhalten [wie gnädig, — und selbst das nur „vielleicht“!], die deutschen Provinzen Oesterreichens hat es auch durch die directen Wahlen nicht stärker an sich gefesselt; sie werden von selbst als reife Frucht dem geeinten Deutschland in den Schooß fallen.“

— Dieselbe „Post“ hat nun auch in einem telegraphisch durch die Presse gejagten Artikel, der, wenn nicht sofort in Abrede gestellt, in seinem Ursprung auf das Cabinet des Reichstanzlers zurückzuführen ist, dem Oberhaupt der katholischen Kirche in aller Form den Krieg erklärt. Darnach würde der Reichstanzler seine früher gegebene Versicherung, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der kath. Kirche, auch nicht was den Satz von der Infallibilität betreffe, zurücknehmen und den Einwirkungen des Papstes auf die Katholiken Deutschlands einfach einen Riegel vorschleiben. Welche neuere Vorkommnisse dazu Veranlassung gegeben haben könnten, ist aus dem telegraphischen Wortlaut des Artikels bis jetzt noch nicht ersichtlich. Wenn es in der That dazu kommen sollte und nicht bloß bei einer Drohung sein Bewenden hätte, so wäre dieses neueste Vorgehen in Berlin in der That ein Unicum in der Geschichte zu nennen und mit der letzten freien Regierung der katholischen Kirche in Deutschland wäre es zu Ende.

n Constanz, 6. Apr. Hegel klagte einst, daß ihn von all seinen Schülern bloß Einer verstanden habe und dieser nicht völlig. Ein ähnliches Mißgeschick hat Dr. Michelis. Da müht sich der Herr Professor Stunden lang ab, seinen hartköpfigen Zuhörern die Dohrenbeicht plausibel zu machen, und andern Tags meint die „Const. Z.“, Herr Michelis habe „in gewohnter theologischer Gewandtheit nachgewiesen, daß die früheren Christen diese Form nicht gekannt haben.“ Dagegen nun verbarbt sich der Herr Professor ganz entschieden; wahr bleibt jedoch, daß er „alle jene altkath. Gläubigen, welche sich keiner sog. (1) schweren Sünde bewußt, von der Dohrenbeicht dispensirte (1)“, um mit der „Const. Ztg.“ zu reden. Das wird denn auch seinem frommen Publicum einleuchten; wo sollte da eine „199. schwere Sünde“ herkommen; lauter Dohrenmänner von der Scheitel bis zur Sohle; auf der Anklagebank hat, so viel wir wissen, noch nicht ein einziger gefessen! — Gestern erschien das „Glaubensbekenntniß“ des Dr. Michelis, worin viel vom Identitätsprincip des „verbalhornten Aristoteles“, aber sehr wenig von Offenbarung und Kirche die Rede ist. Vorläufig sei nur bemerkt, daß gerade der Kernpunkt, das Lehramt der Lehren, so gut wie unangegangen ist. In der Kirche, dem Felsen Petri, steht Michelis eine grandstürzende Häresie; das Wort: „Ich werde bei euch sein alle Tage bis an's Ende der Welt“ hat der Professor trotz seiner Rechtgläubigkeit völlig vergessen. Das Papstthum ist ihm zur „Caricatur seiner geschichtlichen Vergangenheit“ geworden und eine Revision des Processes über die immaculata conceptio scheint ihm dringend nötig. Mit dieser — obwohl im Allgemeinen ziemlich unklaren — Schrift hat Michelis wiederum einen großen Schritt vorwärts gethan. Hurrah, die Todten reiten schnell! Aber auch jetzt hat Michelis den rechten Ton noch nicht angeschlagen. Seinen aufgeklärten Zuhörern wäre ein mit Schlagwörtern gespicktes Pamphlet ohne Zweifel ansprechender gewesen, als dieses, auf den Krücken langweiliger philosophischer Erörterungen einhergehende „Glaubensbekenntniß“. Auch die „Const. Z.“ scheint so was zu wittern. — Die Predigten des Doctors bewähren am meisten Anziehungskraft auf das schöne Geschlecht. Dämchen, die in eingebildeter Bildung dem Katechismus sich entwachsen glauben, Ehefrauen, die mit der süßen Milch der „Stunden der Andacht“ ihre schmachtende Seele nähren, alte Jungfrauen, die durch einen gewissen Anstrich von Gelehrsamkeit am Schicksal sich rächen

möchten — das sind so die Hauptelemente der Michelis'schen Zuhörerschaft. Natürlich, Sätze von dem „durch den rein formalen Character der Negation“ mit dem Causalitätsgesetz verknüpften Identitätsgesetz müssen ja ein Frauenherz erbauen. Uebrigens wird auch für andere Wörze gesorgt. An einem der letzten Sonntage erhielt jeder die Kirche betretende Altkatholik von Paderbörnerhand ein kleines Angebinde in Gestalt eines Schriftchens: „Zur Abwehr“ von Kirchenvater Kenfise. Der Mann hat freilich Abwehr nothwendig. [Oh, lebt der auch noch! D. R.]

Anerkanntes Organ des hiesigen „Altkatholicismus“ ist bekanntlich die „Const. Z.“ Doch behält sich Hr. Ammon vor, „die altkath. Frage in jeder ihm zulässig scheinenden Weise zu besprechen oder besprechen zu lassen.“ So wäre also nicht das Lehramt des Dr. Michelis, sondern Protestant Ammon die letzte Instanz des Constanzer „Altkatholicismus“. Auch ein Lehramt! Nun, dreierlei ist, wie Lukas meint, heutzutage ein Feder, auch der Schuster und Schneider: Dichter, Politiker und Religionsphilosoph.

Constanz, 8. April. Die „Freie Stimme“ ist jetzt auch bereits von einer Zuschrift des Herrn Michelis, der sich mit der Presse aller Parteien gewaltig zu schaffen macht, folgenden Inhalts beglückt worden:

Constanz, 3. April. Auf Ihre in No. 39 d. Fr. St. an mich gerichtete Frage säume ich nicht, meine aufrichtige Antwort zu geben, deren unverfälschte Aufnahme ich demnach in den nächsten Nummern erwarte.

Die Const. Ztg. ist nicht das Organ der (Alt) Katholiken, sondern ein politisches Blatt, welches die religiöse Bewegung als eine wichtige Tagesfrage im liberalen und speciell im deutsch-nationalen Sinne behandelt. — An dem Leitartikel vom 20. v. M. habe ich wesentlich Eins auszusprechen, daß nämlich nicht im Anfang des Artikels die auf göttlicher Institution beruhende Urform der Kirche, wie sie am ersten Pfingstfeste, „da Petrus hervortrat mit den Säulen und Menschen aus allen Nationen in die Kirche oder Gemeinde aufnahm“, ausdrücklich hervorgehoben wird.

Was die unbefleckte Empfängniß Mariä angeht, so ist mir dieselbe eine fromme Meinung, über die ich denke wie der h. Augustinus und wie das Concilium von Orient, daß ich, wenn von Sünde die Rede ist, die Mutter des Erlösers nicht mit unbegriffen haben will, daß ich aber die Dogmatisirung dieser Meinung als einen Uebergriff der römischen Curie und eine jesuitische Vorbereitung auf die Infallibilität betrachte, die den Begriff des Dogmas und die Grenzen des Lehramtes verwirrt, und schon aus sittlichem Partgefühl hätte unterbleiben müssen. Ich habe gegen dieselbe seiner Zeit gethan, was in meinen Kräften stand und mich nur mit der Aussicht auf die Revision dieses dogmatischen Processes durch ein wirkliches allgemeines Concilium beruhigt, wie ich auch jetzt noch thue. Hochachtungsvoll Michelis.

Dazu bemerkt das genannte Blatt: „Herr Michelis hat also bereits zwei Glaubenssätze der kath. Kirche hinter sich, glaubt das nicht mehr, was die kath. Kirche vor dem 18. Juli 1870 lehrte, und es wird nicht lange gehen, daß auch Anderes nachfolgt. Denn er hat ganz die Gewohnheit aller Irrelehrer: sie appelliren vom Bischof an den Papst, vom Papst an's Concil und von einem Concil, das sie als „wirklich allgemein“ nicht zelten lassen, an ein anderes. Michelis scheint seine Altkatholiken auf seinen Standpunkt nicht heranziehen zu können; darum steigt er zu ihnen hinab, damit nach dem Sprichwort der Prophet zum Berge kommt, wenn der Berg nicht zum Propheten will.“

Constanz, im April. Constanz verliert mit einemmal seine beiden Töchterinstitute. Während das vielbesuchte Paderbörner Institut, das Böglinge aus den besten katholischen Familien hiesiger Stadt, aus allen Theilen Deutschlands und des Auslandes hatte, und sogar Liberale des landläufigen Terrorismus nicht scheuten, ihren Kindern in diesem Institut eine gute Erziehung geben zu lassen, auf künftige Ostern kraft des Jesuitengesetzes und des Ausweisungsbefchlusses nach Balzers im Lichtensteinschen überfiedelt, wo ihm der Fürst sein Schloß auf die freigiebigste Weise überlassen, von wo aus man die herrlichste Aussicht ins Rheinthal hat, ist jetzt auch das andere Institut, das protestantische der Fräulein Baumann, das s. Z. als Konkurrenz des Paderbörner'schen von unsern Liberalen errichtet und durch alle möglichen Mittel begünstigt worden, wegen Mangel an Böglingen eingegangen, sage eingegangen! G. w. i. auch ein Zeichen der Zeit! Das Gute wird gegangen und das minder Gute

geht von selbst. Das Hofinger Kloster wird daraus profitieren, die Kinder waren da von jeher gut aufgehoben, der Lehrplan so wie die Lehrkräfte ganz entsprechend und ein feststehender Satz ist und bleibt es auch, den alle liberale Theorie bis jetzt noch nicht über den Haufen geworfen, daß die Mädchenschulen durch Lehrerinnen geleitet, denen von Lehrern weit vorzuziehen sind. Herr Schulrath Strommaier und Herr Altkatholik Laible werden die Köpfe schütteln, allein das thut nichts — sie werfen den Satz doch nicht um. (Fr. St.)

Offenburg, 3. April. Alle Bemühungen, den Etermörder Raphael Sänger von Stadt Bühl zu erwischen, waren bis jetzt resultatlos. Es scheint, daß derselbe sich wieder nach Algier zur Fremdenlegion, wo er auch früher schon war, begeben hat, von wo aus, wie die gemachten Erfahrungen in dieser Beziehung schon oft gezeigt haben, eine Auslieferung niemals stattfindet. Bei der nächsten Schwurgerichts-Sitzung soll übrigens die Sache zur Verhandlung kommen und das Urtheil in contumaciam erlassen werden. (Oberrh. Kur.)

Aus der Pfalz, 6. April. Der englische Minister Pitt hat 1792 in seiner Rede über die Abschaffung des Negerhandels gesagt: „Ich kann mir nicht denken, daß es je ein schrecklicheres Uebel gegeben habe oder noch gebe, als jedes Jahr 70 bis 80,000 Einwohner ihrem Heimathlande entrissen zu sehen.“ Was würde Pitt heute sagen, wenn er folgende Zahlen lesen würde. Im Jahre 1872 wanderten in Nordamerika ein: Aus Deutschland: 122,215 Menschen, wovon 61,627 aus Preußen, 7940 aus Mecklenburg, 6722 aus Baden (hat die stärkste Auswanderung nach Mecklenburg), 6027 aus dem Elsaß, 5794 aus Württemberg. Im Verhältniß zur Größe des Landes und Stärke der Bevölkerung ist die Auswanderung am stärksten in Mecklenburg, dann in Baden auf 200 Köpfe ein Auswanderer. Ganz unbedeutend ist sie aus Frankreich gewesen. Warum? Klärt uns unser statistisches Bureau hierüber nicht auf?

München, 5. April. Wie Hr. Anton Memminger dem „Fr. R.“ in einem Schreiben mittheilt, sind es nicht die ihm durch Urtheil des Schwurgerichts für Mittelfranken zuerkannten drei Monate Gefängniß, die ihn zur Flucht bewogen, sondern die Möglichkeit, in Folge des wegen Beleidigung des deutschen Kaisers gegen ihn eingeleiteten Verfahrens zu einer mehrjährigen Festungshaft verurtheilt zu werden. Seine und seiner Familie Existenz stehe auf dem Spiele und er wolle nicht der Partei zur Last fallen, deren Geldbeutel durch die große Zahl der Inhaftirten ohnehin bedeutend in Anspruch genommen sei. Unter diesen Umständen habe er es vorgezogen, den Ausgang des schwebenden Preßprocesses im Auslande abzuwarten. In der heute erschienenen Nummer des „Fürther Demotr. Wochenbl.“ zeigt er in einem Schreiben aus Romanshorn seinen Rücktritt von der Redaction an; die letztere hat Hr. Schlossergehilfe Ruth, früher Mitredacteur des „Volksstaat“, übernommen. Herr Memminger will dem Vernehmen nach in der Schweiz seine juristischen Studien fortsetzen.

Darmstadt, 8. Apr. Die „Darmst. Z.“ demotirt auf Grund einer aus Sorrento erhaltenen Mittheilung entschieden die Nachricht von dem Verschwinden einer zu dem Hofstaat der russischen Kaiserin gehörigen Dame.

Neuwied, 5. April. Bei der am 31. v. M. stattgehabten Erzwahl eines Reichstagsabgeordneten an Stelle des verstorbenen Hrn. Kreisrichters Böhrner gaben von 14,848 stimmberechtigten Bürgern 10,838 ihre Stimme ab. Hier von erhielten der Candidat der Centrumpartei Alfred Graf zu Stolberg auf Simborn 5748, der governementale Candidat, Kreisrichter v. Kunkel 4509, und Schäfer, Social-Demokrat, 512 Stimmen. 69 Stimmen zerplitterten sich, und fielen von denselben 57 auf Pfarrer Kendorff.

Dresden, 8. April. Dem „Dresdener Journ.“ zufolge hat das Gesamtministerium einstimmig dem Könige die Sanction des Volksschulgesetzes angethan. Diese Sanction ist erfolgt und werden das Volksschulgesetz, sowie die damit zusammenhängenden Organisationsgesetze in der nächsten Zeit publicirt werden.

Berlin, 6. April. Die Versuche zur Umbildung des „Herrenhauses“ werden gutem Vernehmen nach zu keinem Resultate führen, da der Kaiser selbst einer Umgestaltung nicht geneigt ist und die Regierung daher die Künigliche Interpellation nur ausweichend oder abweisend beantworten wird. Die „alten“ Herren wissen auch ganz gut, daß ihnen keine Gefahr weiter droht und der „Schub“ auch nicht mehr exercirt werden wird. Der Reichsrechtliche Essay wird also vorerst auch keine praktischen Fol-

gen haben. — Die braunschweigische Erbfolgeangelegenheit wird hier sehr kühl behandelt, weil man die Erbansprüche nicht aufgegeben hat und weil man der Zeit wartet, wo sich dieselben geltend machen lassen. Eine Garantie besagten Regentenschaftsgesetzes ist dießseits noch nicht erteilt. (Frk. Btg.)

Berlin, 6. April. Wiener Blätter, welche im Verdacht stehen, aus officiösen Canälen gespeist zu werden, haben neuerdings wieder einmal gegen das Berliner Cabinet einen sehr unfreundlichen Ton angeschlagen und uns in sehr vernehmlicher Weise zu verstehen gegeben, daß man an der Donau noch lange nicht die alten Resultate mit Preußen verossen habe. Einsichtige Politiker haben sich allerdings keinen Augenblick verhehlt, daß Oesterreich trotz dem Austausch so vieler Freundschaftsversicherungen nicht anstehen werde, jede sich ihm darbietende günstige Gelegenheit zu einer Abrechnung mit Preußen zu ergreifen. Auch Fürst Bismarck gibt sich in dieser Beziehung schwerlich Illusionen hin, da er als Staatsmann vom Fach besser als andere Sterbliche weiß, daß in der Politik Treue und Glauben nicht zu Hause sind. Aber die furchtbaren Wirren, welche die kirchenpolitischen Kämpfe in unserem Innern heraufzubeschwören drohen, machen es begreiflich, daß man den Horizont der auswärtigen Politik in einem möglichst rosigem Lichte erscheinen läßt. Darum werden denn auch die störenden Sensations-Artikel der Wiener Blätter in der gestrigen Nummer der „Nordd. Allg. Btg.“ mit einer hochofficiösen Friedens- und Freundschaftshymne beantwortet. Bezugnehmend auf die Antwort, welche der Kaiser Franz Josef dem Delegationspräsidenten erteilt hat, läßt Fürst Bismarck erklären: daß diese kaiserlichen Aeußerungen hier in Berlin mit aufrichtiger Genugthuung erfüllen, und daß wir, wenn wir im vollen Gefühl der Befriedigung über die gegenwärtige Lage der Dinge den Blick ruhig auf vergangene Zeiten richten, in denen mancherlei Schatten auf unsere gegenseitigen Beziehungen fielen, gehobenen Muthes uns voll Freunden aussprechen dürfen, daß seit mehr als 25 Jahren Oesterreich-Ungarn und Deutschland nie einander so nahe gestanden und in so herzlicher Freundschaft mit einander verbunden gewesen sind, als in dieser Epoche eines ungetrübten Einverständnisses der beiderseitigen Regierungen und Völker. Genau so sprach man hier auch zur Zeit der Conflictperiode und der gemeinsamen Cooperation in den Herzogthümern, und doch hat die damals so laut besungene Cordialität mit Oesterreich uns nicht von dem Kriege mit unserm alten Freunde und Verbündeten abgehalten. Daß wir uns nicht nach einem neuen Kriege mit Oesterreich sehnen, um nicht die Errungenschaften des Ueberstandenen zu gefährden, ist schon verständlich. Aber schwerer ist es schon zu hoffen, daß Oesterreich für alle Zeiten auf die Wiedererlangung der Stellung verzichtet haben sollte, aus welcher es durch Kriegsgewalt verdrängt worden ist. Es ist das um so weniger zu hoffen, als die wachsende Begehrlichkeit der in Deutschland herrschenden Parteien nicht einmal vor den vertragen- und verfassungsmäßigen Rechten der deutschen Bundesfürsten Stillstand macht. Was Wunder also, wenn unter solchen Umständen Oesterreich wegen der Integrität seines Gebietes in steter Sorge schweben muß. Daß das rücksichtslose Vorgehen gegen die katholische Kirche in Preußen uns nicht die Sympathien des katholischen Oesterreich erwerben kann, liegt auf der Hand. Danach ist denn auch die Phrase von dem „ungetrübten Einverständnis beiderseitiger Regierungen und Völker“ zu bemessen. Und dabei gewinnt es leider mit jedem Tage mehr den Anschein, als ob es seitens der herrschenden Parteien auf eine vollständige Unterdrückung der katholischen Kirche in Preußen abgesehen sei. Wenigstens müssen die Schlag auf Schlag folgenden und an Gehässigkeit gegen die katholische Kirche sich überbietenden Brandartikel der Regierungspresse in dieser Beziehung die schlimmsten Befürchtungen erwecken. So brachte die „N. N. Z.“ gestern wieder einen giftgeschwollenen Aufsatz gegen die glaubenstreuen Evangelischen, deren Rechts- und Sittlichkeitsgefühl sich gegen die Mißhandlung der kath. Kirche auflehnt. Diese Männer werden angeklagt, daß sie ins feindliche Lager übergelaufen seien und sich zu Bundesgenossen der Jesuiten, zu Vätern des Ultramontanismus erniedrigt hätten. „Kein Wunder“, so schließt der Feindartikel, „wenn es bei den kommenden Wahlen dort (in den östlichen Provinzen) heißen wird: „keinen offenen, doch auch keinen heimlichen Papisten!“ Glaubt man im Ernste, mit dieser schamlosen Sprache der Aufwiegelei Frieden stiften zu können? Aber es scheint, daß die Siege, welche die Regierung ohne Unterlaß auf parlamentarischem Gebiete erringt, ihre Organe mit jedem Tage her-

ausfordernder und übermüthiger machen. Für ihre Zwecke hat indeß die Regierung mit diesen Siegen noch sehr wenig gewonnen. Der Schwierigkeiten ihrer Lage wird sie sich erst bewußt werden, wenn die kirchenpolitischen Gesetze, welche nach der gestrigen Abstimmung des Herrenhauses als gesichert betrachtet werden können, ausgeführt werden sollen. Daß übrigens Fürst Bismarck trotz allem Leugnen der eigentliche Urheber und Förderer dieser Gesetze ist, trat gestern wieder ganz augenfällig zu Tage, indem er, obgleich auf das Amt eines preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zurückgedrängt, im Herrenhause die Rolle des dirigirenden und des Cultusministers spielte. Ob es gerade nöthig war, die höchste Karte einzusetzen und mit einer Umbildung des Herrenhauses oder mit einer Oetrovirung zu drohen, erscheint denn doch sehr fraglich, da die Opposition bereits auf 38 Stimmen gegen 74 herabgesunken war. — Zum Besten des Vertrauens des Fürsten Bismarck, des Geh. Raths Wagener, veröffentlicht die „N. A. Z.“ eine diesem aus dem Neustettiner Kreise von ungefähr 150 Gutsbesitzern, Ortsvorständen und Einwohnern übersandte Dank- und Vertrauensadresse. Mit dem Gerüchte, daß Hr. Wagener zu den Todten geworfen sei, hat es also, wie Sie sehen, nicht viel auf sich. Die Liberalen werden sich auch schon allmählig mit dem Verbleiben Wageners im Amte befreunden und demselben wieder folgen, wie sie ihm in der Frage der Jesuitenaustragung gefolgt sind. — Prinz Handjery stellt in einer von der „Volksztg.“ veröffentlichten Erklärung die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen in Abrede. Die Beschuldigungen sind aber in der Untersuchungscommission durch Zeugen festgestellt. (K. B. Z.)

Königsberg i. Pr., 6. April. Nach einem Schreiben des Commandanten von Pillau an die „Hart. Btg.“ befindet sich auf der Festung daselbst kein Officier, der eine Haft von 8 bis 9 Monaten zu verbüßen hätte, weil derselbe verschiedenen Rekruten mit der brennenden Cigarre die Nasen angebrannt. Hiernach dürfte auch die Mittheilung von der Bestrafung des Officiers sehr zweifelhaft sein.

Die „Hart. Btg.“ schreibt: Es ist wiederholt vorgekommen, daß auf exponirte Wachtposten von Civilpersonen scharf geschossen wurde, ohne daß es der Polizei bisher gelungen, die letzteren zu ermitteln. Infolge dessen sind von jetzt ab die exponirten Wachtposten in den Festungswerken mit scharfer Munition versehen worden, damit sie im Stande sich befinden, mit geladenen Schußwaffen bewaffneten Frevlern gegenüber ihrer dienstlichen Autorität erforderlichen Falls Nachdruck zu verschaffen.

Königsberg, 8. Apr. Der Strike der Ostbahn-Arbeiter ist beendet. Nachdem die Direction eine Erhöhung des Tagelohnes um 2 Silbergroschen für den Arbeiter bewilligt hat, erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit.

Posen, 6. Apr. In Ostrowo, wo der geistliche Religionslehrer am dortigen Gymnasium wegen der Weigerung, den Anordnungen der Regierung in Betreff der Unterrichtsprache Folge zu leisten, suspendirt ist, wird der Vicar Fürst Radziwill Privat-Religionsunterricht für die Schüler des Gymnasiums erteilen.

Ausland.

Wien, 7. April. Der Kriegsminister Ruhn arbeitet ein neues Reichsbefestigungsproject aus, das nahezu 80 Millionen erfordert. In erster Linie wird der Schutz Galziens durch Umbau der krakauer Festungswerke und Anlegung eines verhängten Lagers bei Przemyśl beabsichtigt, das binnen 7 Jahren vollendet sein soll und 35 Millionen kosten würde. Die Enzlinie gegen Deutschland soll nicht besetzt [warum nicht?], dagegen im südlichen Steiermark bei Pettau ein großer Central-Waffenplatz angelegt werden. Die Ansichten über die Beschaffung der Mittel sind noch nicht getheilt.

Wien, 7. April. In der Sitzung des Ausschusses der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten erklärte Graf Andrássy auf eine bezügliche Interpellation, daß die befriedigende Lösung der Frage wegen Regulirung des eisernen Thores auf Grundlage der Beschlüsse der Londoner Conferenz bevorstehe. — In der Antwort auf eine weitere Interpellation betreffs der Auflösung der österreichisch-ungarischen Gesandtschaften bei den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, namentlich in Stuttgart und Dresden, erklärte Graf Andrássy, daß er principiell nichts dagegen habe, Angesichts des Umstandes jedoch, daß die deutsche Regierung selbst deren Verbeibaltung wünsche und alle übrigen Gesandtschaften bei denselben noch fortbestehen, so scheint es nicht an der Zeit, diese Frage zu lösen.

Prag, 8. Apr. Das Oberlandesgericht erkannte Strejshowsky und Ruzica des Betruges schuldig und sprach gegen Strejshowsky eine 18monatliche, gegen Ruzica eine 13monatliche schwere Kerkerstrafe aus.

Triest, 7. April. Aus Zanzibar wird hierher gemeldet, daß der Sultan sich im Sinne der Errichtung eines österreichisch-ungarischen Consulats in Zanzibar ausgesprochen habe, auch geneigt sei, bei dem Abschluß eines Handelsvertrags Oesterreich die Rechte einer meist begünstigten Nation zuzugestehen.

Bern, 5. April. Dem Privatschreiben eines zu Biel lebenden Landmannes entnehmen wir einen neuen Beweis dafür, wie der Telegraph in kirchenfeindlicher Tendenz mißbraucht wird. Es war bekanntlich gemeldet worden, der Pfarrer von Biel habe die Kirchenschlüssel herausgegeben, nachdem er 6 Stunden im Gefängniß festgehalten worden sei; jenes Privatschreiben nun constatirt, der Bieler Pfarrer sei vielmehr von der dortigen hohen Polizei 6 Stunden lang gefangen gehalten worden, weil er gegen deren ungerechtfertigte Forderung energisch protestirt habe. (K. B. Z.)

Paris, 6. April. Thiers ist heute noch nicht nach Paris gekommen; er wird, wie verlautet, bis zum Schlusse der Session in Versailles bleiben. Daß er dem gestrigen Diner beim Herzoge von Anmale (zu welchem er die Einladung am Donnerstag angenommen hatte) nicht beizuhnte, hat seinen Grund darin, daß er den Gerüchten von einem Einverständnis zwischen ihm und den Orleans keine neue Nahrung geben wollte. Sonst hatten sich bei Anmale fast alle Akademiker eingefunden; es fehlten nur Littré, der krank ist, Jules Favre, der in Algerien weilt, und Jules Barbier, der einfach abgegangen ließ. Nach aufgehobener Tafel war Empfang, zu dem sich auch die meisten fremden Diplomaten eingefunden hatten. — Die gestrige Antrittsrede Buffet's ist von der royalistischen Presse mit großem Beifall aufgenommen worden. Die ganze liberale und republicanische Presse betrachtet die Wahl Buffet's als eine Kriegserklärung gegen die Republik. Avenir National überschreibt seinen Artikel mit la Guerre. Der Temps liest aus der Rede heraus, daß sie nicht sowohl von einem Präsidenten als von einem Parteimanne gehalten worden sei, und bedauert Herrn Thiers, daß die öffentliche Meinung in Frankreich zu schlecht organisiert sei, um der Mehrheit der Kammer darzutun, daß sie die Herrin der Geschichte Frankreichs nicht allein sei. Bien Public, Thiers' Leiborgan, sucht jedoch darzutun, daß Buffet keineswegs eine dem Präsidenten so gar feindselig gesinnte Persönlichkeit sei, da er eifrig für die Versöhnung zwischen der Regierung und der Dreißiger-Commission gewirkt habe. Möglich, daß Bien Public eine so gemäßigte Sprache führt, weil Buffet nun einmal der von der Kammer gewählte Präsident ist.

Ledru Rollin hat aus Gesundheitsrückichten die Candidatur für Paris abgelehnt. Ein Theil der Republicaner will Barodet, den Maire von Lyon, als Candidaten aufstellen, um so gegen die Unterdrückung der lyoner Gemeindefreiheiten zu protestiren. Die Republique Française hat sich in der Sache noch nicht ausgesprochen. Wie es heißt, wollen linkses Centrum (Christophle) und Linke in Zukunft nur einen Verein bilden und Grévy zu ihrem Präsidenten wählen. — Aus Narbonne meldet man, daß Menotti Garibaldi durch jene Stadt gekommen ist, um sich nach Spanien zu begeben. (Köln. Btg.)

Paris, 7. April. Sieben Mitglieder des Gemeinderaths von Lyon haben ihre Entlassungsgesuch eingereicht. Barodet, der Maire von Lyon, lehnte die von Pairs ihm angetragene Candidatur ab. — Bien Public, dem man vorgeworfen, daß es in Betreff der Wahl Buffet's seine Anschauung geändert habe, bestreitet dieses. „Wir bleiben dabei, zu glauben“ — sagt es — „daß in dem Gedanken, wenn auch nicht der Rechten, doch einer Fraction derselben die Wahl Buffet's einen feindseligen Charakter gegen die Regierung und gegen die Republik haben sollte, aber wir glauben ebenfalls, daß die Berechnungen dieser Fraction vereitelt werden können, und daß die neue Stellung Buffet's die Partei des Kampfes, statt ihr einen Führer zu geben, vielmehr eines geschickten Hülfswerkzeugs beraubt hat.“ (Köln. Btg.)

Paris, 8. April. Bei dem Besuche, den ihm Thiers machte, zeigte Buffet eine verthälische Gesinnung. Die Permanenzcommission wird sich nur alle 14 Tage versammeln. — Die Assemblée vertagte sich bis zum 19. Mai.

Versailles, 7. April. Die Nationalversammlung hat mit 327 gegen 277 Stimmen die Entschädigungsforderung von 120 Millionen Fres. für die occupirt

gewesenen Departements und von 140 Millionen für Paris angenommen.

London, 7. April. Der Prinz von Wales wird am 24. April nach Wien abreisen und 8 Wochen dort bleiben.

London, 7. Apr. Unterhaus. Der Kanzler der Schatzkammer, Lowe, gibt ein Resumé des Staatsvoranschlages für das Finanzjahr 1873/74. Der Ueberschuß des vorigen Jahres beträgt £. 5,894,770. Die Einnahmen für das neue Finanzjahr sind mit £. 76,617,000, die Ausgaben mit £. 71,881,000 veranschlagt, der Ueberschuß würde also etatmäßig £. 4,736,000 betragen. Aus diesem Ueberschusse soll die Hälfte der aus der Alabamafrage an Amerika zu zahlenden Entschädigung entrichtet werden. Die andere Hälfte dieser Entschädigung soll durch eine Emission von Schatzbonds gedeckt werden. Mr. Lowe schlägt außerdem vor, den Eingangszoll von Zucker vom 8. Mai ab auf die Hälfte herabzusetzen, die Einkommensteuer um 1 Penny zu reduciren und die Steuer für männliche Hotel-Dienstboten aufzuheben, und empfiehlt zugleich eine Resolution für eine weitere Ermäßigung der Einkommensteuer. Nach Annahme seiner Vorschläge verbliebe noch ein Einnahme-Ueberschuß von £. 291,000. — Gladstone erklärt auf eine desfallsige Anfrage: Spanien hat wegen der carlistischen Subscriptionen reclamirt. Die juristischen Ráthe der Krone haben aber die Frage verneint, daß die Aufforderung zu freiwilligen Geschenken ein illegaler Act sei. — Lord Enfield antwortet auf eine Anfrage des Deputirten Macfie, daß England den früheren Vorschlag Amerika's, wegen Abhaltung einer Conferenz in Wien über die Erfindungspatente abgelehnt habe und daher jetzt in dieser Frage die Initiative nicht ergreifen könne.

Lissabon, 7. April. Die Morgenblätter veröffentlichen eine telegraphische Meldung aus Madrid, wonach dort revolutionäre Agenten aus Portugal eingetroffen seien, um durch Vertheilung von Geld die Unruhen zu fördern. — Das Budget ist von der Volksvertretung angenommen worden.

Petersburg, 7. April. Gerichtsweise verlautet, daß der Kriegsminister Millutin seine Entlassung nehmen werde. Es heißt, daß das System der Militärbezirke abgeschafft und dafür Armee-corps gebildet werden sollen.

Athen, 8. April. Das Ministerium will wegen Zwistigkeiten mit der Kammer, die auf Zerwürfnisse mit dem Kammerpräsidenten wegen Annullirung einer Abgeordnetenwahl zurückzuführen sind, seine Demission geben.

New-York, 7. April. Schofield ist von Hawaii zurückgekehrt. Der Besuch des Königs der Sandwichs-Inseln findet nicht statt, da die Reise im Volke Widerstand findet. — Die hiesigen Gasarbeiter streiken, die Gasbeleuchtung hat aufgehört.

* Schwurgericht.

Constanz, 2. Apr. Jak. Weber von Niedöschingen wird wegen schwerer Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängniß und einer Entschädigung von 500 fl. verurtheilt. — Maximiliane Schafbuch von Hüfingen, des verjuchten Kindsmords angeklagt, wird freigesprochen. — 3. Apr. Anna Wegel, Wittve, von Döggingen ist wegen Vergiftung eines Brunnens angeklagt, wird aber freigesprochen.

Freiburg, 5. Apr. Buchdrucker Schenble wird wegen Ehrenkränkung des Bürgermeisters Schuster durch ein Schmähegedicht, wie bereits in diesem Blatte mitgetheilt, zu einer Gefängnißstrafe von 1 Jahre verurtheilt.

Mannheim, 2. Apr. Susanna Kehler von Weinheim, des Kindsmords angeklagt, wird unter Annahme mildernder Umstände zu 1 Jahr 6 Monate Gefängniß verurtheilt. — Karl Kutscher von Framersheim bei Alzei wird wegen mehrerer schweren Verbrechen gegen die Sittlichkeit zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Für die Abgebrannten in Blumberg sind bei uns eingegangen von Hrn. Assessor Amann von hier 10 fl.

Berichtigung.

In der gestrigen Nummer unseres Blattes ist in der zweiten Erklärung des Herrn Michels ein „welche“ zu wenig gesetzt, so daß der Text seiner Erklärung hinter der Anmerkung um ein „welche“ zurücksteht. Da es Schade wäre, wenn die „welche“ nicht alle untergebracht würden, so bemerken wir, daß in der zweiten Erklärung statt „Ich habe unterschieden zwischen der Beichte, als notwendiger Theil des Bußsacraments“ zu lesen ist: „Ich habe unterschieden zwischen der Beichte, welche“ u. s. w.

Briefkasten.

Nach St. Dank für die Einfindung in's Unterhaltungsblatt — wird, so bald es möglich ist, folgen.

Nach Constanz. Lassen Sie sich bald wieder hören!

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bissing.

